

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Emil Dresden Nr. 107
Kd. Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwiger Anzeiger

Danzig-Post: Ill. Deutsche Großdruckerei, Danzig
Dresden-Post: Ill. Deutsche Großdruckerei, Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Pflaun, Kochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpörsitz, Hofterwitz, Pilsnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-N. O. Verlag: Elbgaupresse Dresden und Verlagsgesellschaft Hermann Zeyer & Co., Dresden-Blasewitz. Verantwortlich: Eugen Berner Dresden.

Erscheint täglich mit der Beilage „Agrar-Warte“ und „Amst. Kur- und Fremdenliste“. Bezugspreis: Halbjährlich 22.000.-, außer Zustellgebühr; bei den deutschen Postanstalten 24.2000.-. Einzelverkaufspreis: 22.000.-. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Losgebots. Druck: Clemens Langhof Nachf., Dresden-Freital. Bei unvollständigen Nummernstrichen ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, kann eine Verantwortung bzgl. der Richtigkeit nicht übernommen werden. Anzeigen werden die 6gepaltene Post-Zelle mit 22.3500.-, berechnete, Restamen die 4gepaltene Zelle mit 22.10000.-. Anzeigen und Restamen mit Plakaterdrucken und schweren Zeichnungen werden mit 30 Prozent Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen ist bestimmt, Tages- oder Pflanz-, son. für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeiträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Betrachtung gebracht. Rückzahlung erfolgt: bei verspäteter Zahlung, Frage oder Kontur des Auftraggebers.

Nr. 176

Blasewitz, Dienstag, 31. Juli 1923

85. Jahrgang.

Die Antworten an England überreicht.

Kein übereinstimmender Wortlaut.

London, 30. Juli. Die französische und die belgische Antwort wurden heute im Foreign Office überreicht. Die Stimmen nicht überein. Ueber die Art der Abweichungen wird indessen breites stillschweigendes Beobachtet.

London, 30. Juli. Lord Curzon hatte heute eine halböffentliche Unterredung mit dem Premierminister. Die Antworten Belgiens und Frankreichs werden wahrscheinlich morgen vom Cabinet in einer Sonderkammer erwogen.

Ein aufbauender Plan?

Brüssel, 30. Juli. Thunis und Leprieux berieten heute über die Bemerkungen Belgiens gegenüber dem belgischen Volksgesandten über die Grundzüge des Entwurfs der belgischen Antwort. Nach der Beratung wurde der Wortlaut der belgischen Antwort endgültig festgelegt. Hinsichtlich der Frage der Aufhebung der Reparationsfrage ist die Antwort an die früher aufgestellten Grundzüge. Hinsichtlich des Reparationsproblems bezieht sie sich auf die belgischen Stellen, die den Kabinetten von London, Paris und Rom überreicht wurden. Man ist der Ansicht, daß die belgische Antwort die Grundlage zu einem aufbauenden Plan enthält.

Paris, 30. Juli. Der Brüsseler Korrespondent des „Lemps“ meldet über den belgischen Standpunkt in der Reparationsfrage, Belgien wolle Maßnahmen zur Wiederaufrichtung der belgischen Finanzen, der Liquidation der alliierten Schulden in Verbindung mit einer Herabsetzung der deutschen Schulden, der Bekämpfung der Währungsnotstandes in alliierten Kolonien, wobei von einer Priorität der vermittelten Gebiete und einer Revision des Verteilungsschlüssels von Spa zu Gunsten der Länder mit vertriebenen Gebieten ausgehen sei. Ferner beschließt Belgien, Aufgaben über die Garantien Deutschlands hinsichtlich der Erzielung von Anleihen zur Herbeiführung des belgischen Budgetgleichgewichts zu machen. Schließlich fordert Belgien eine Regelung der Sicherheit für sich selbst und für Frankreich durch einen Pakt der Alliierten.

England vor der Entscheidung.

London, 30. Juli. Es wird allgemein anerkannt, daß nach der heutigen Ueberreichung der Antworten von denen die französische zweimal stärker, als die belgische ist, das Gesamtproblem für die britische Regierung sei, ob sie Unterhandlungen fortsetzen oder die Zeit für actiorem erwarten soll, der Welt ihre Politik mitteilen und daß deutsche Memoranden selbstständig zu beantworten. Bedenklich ist, daß auch die schweizerische „Weltanschauung“ Baldwin dringend zum leiseren ist. Der Weltartikel der „Times“ verteidigt die Regierung Cuno.

London, 30. Juli. „Outlook“ versichert, mitteilen zu können, daß der Entwurf der französischen Antwort, der nach Brüssel gelangt wurde, auf folgenden vier Punkten beruht:

1. Absolute Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet vor fröhen belgischen direkten oder indirekten Unterhandlungen bzw. fröhen belgischer französischer Beziehungen.

2. Keine vollständige Räumung des Ruhrgebietes, solange nicht der letzte Pfennig der Reparationsforderung bezahlt ist.

3. Eine Prüfungskommission darf keine endgültige Totalsumme der Reparationen feststellen, sondern nur Deutschlands Fähigkeit, während der nächsten 10-15 Jahre Annuitäten zu zahlen. Die Totalsumme soll erst nach Ablauf dieser Zeit im Aufnahmehaus mit den Alliierten-Schulden fixiert werden.

4. In der Kommission dürfen keine Reparationsfragen vorkommen. Sie muß der Reparationskommission völlig untergeordnet sein. „Outlook“ meint, gegenüber einer solchen Direktive und allen Voraussetzungen,

bezugs, wie er eine solche Antwort blicke, bleibe Baldwin nichts anderes übrig, als zu handeln oder einzuschlagen. doch er nur blasse. Wenn die Diebstahl ihm verböden, den ungeworfenen Handlung auszuweichen. bleibe ihm nach allem, was er schon habe, vernünftigerweise nur übrig, anzukommen.

Der gleichfalls konservativ „Spectator“ schreibt heute: Wenn Frankreich auf seinem Standpunkt beharre, dürfe England sich nicht mit bloßem passivem Verhalten begnügen, sondern „mühte ihm aktiv opponieren“ und sein Interesse tun, um die moralische und wirtschaftliche Zurückerrnung Deutschlands zu verhindern, dessen Erhaltung als eine stabile Gemeinwesen nicht nur für Europa, sondern vielmehr für Zivilisation dringend notwendig sei. England könne natürlich nicht verhindern, Frankreich mit Gewalt an einer weiteren Besetzung und Herabsetzung Deutschlands zu hindern, aber es könne eine Politik betreiben, die nur mit der nötigen nötigen Vorkenntnis Frankreich entgegenstehe.

London, 30. Juli. Das Cabinet wird heute heute diskutiert werden, welche Forderungen es aus der französischen und belgischen Antwort für die Weiterführung der englischen Aktion in der Ruhr- und Reparationsfrage ersehen.

Aufhebung der Duisburger Sanktionen.

Duisburg, 30. Juli. Die von der Reichsanbahnbehörde nach dem Eisenbahnunfall bei der Ochofelder Brücke verhängten Sanktionen für das belgische Gebiet sind nunmehr mit dem heutigen Tage aufgehoben worden. In den belgischen Städten und Dörfern können die Wirtschaften wieder bis 10 Uhr öffnen werden. Die Straßenbahn in Gladbach hat den Betrieb mit dem heutigen Tage wieder aufgenommen. Eine Beschränkung für die Aufhebung der Sanktionen wurde nicht ausgesprochen.

Auf dem Wege zur großen Koalition.

Berlin, 30. Juli. Die heute vormittag begonnenen Beratungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes mit der Führung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurden in den Nachmittagsstunden zunächst beschlußlos abgebrochen. Die Beratungen befaßten sich im wesentlichen mit der parlamentarischen Lage. Betont wurde, daß das heutige Cabinet zum mindesten in seiner derzeitigen Zusammenfassung nicht im Sinne der Sozialdemokratie innerhalb des Reichstagsstandes bestehen dürfte. Während Verhandlungen der Partei, wie Hermann Müller, für eine Regierungskoalition mit der Deutschen Volkspartei eintreten, werden sich andere Führer der Partei dagegen und befürworten mehr eine wohlwollende Neutralität gegenüber einer neuen rein bürgerlichen Regierung, falls diese die von der Partei aufgestellten Forderungen zu erfüllen versprochen würde. Die Forderungen dürften vornehmlich wirtschaftlicher Art sein. Die Sozialdemokratie gibt sich mit den Versicherungen, die im letzten Reichsregierungs-Akt enthalten sind, nicht zufrieden und verlangt vor allem schnell erlassene Maßnahmen gegen die weitere Geldentwertung, die Einführung der Sachwerte, Einführung von Goldkrediten und eine völlige Aenderung der bisherigen Finanzpolitik, insbesondere Einstellung der grenzenlosen Vermehrung des Banknotenumlaufes. Die Frage des Eintrittes der Sozialdemokratie in die Regierung soll der Gesamtfraktion zur Entscheidung vorgelegt werden.

Durch die gestellte Auffassung innerhalb der Sozialdemokratie über die große Koalition ist diese Frage noch nicht so entschieden geklärt, wie es verschiedentlich angenommen wird. In den Kreisen der Deutschen Volkspartei besteht dagegen die Bereitschaft, mit

Auch eine „Strafe“.

Brüssel, 30. Juli. Das Gericht hat den Polizeikommissar Reebenont, der den belgischen Geschäftsträger feinerzeit angriffen hatte, zu vier Monaten Gefängnis mit Ersatzstrafe verurteilt.

Erflohen.

Münster, 30. Juli. Im Stadthof wurde am 29. Juli abends 11 Uhr ein gewisser Aloisus Pletsch in seiner Wohnung, Rheinbabenstraße 17, von Belagern erflissen, nachdem er anscheinlich vorher mit belgischen Soldaten auf der Straße einen Wortwechsel gehabt hatte.

Lebenslängliche Deportation.

Berlin, 30. Juli. Wie die Pariser Blätter aus Mainz melden, sind außer Ludwig Schöberl die von Mainz Kriegsgericht wegen angeblicher Sabotage zum Tode verurteilten Deutschen anlässlich des französischen Nationalerfestes zu lebenslänglicher Zwangsarbeit beauftragt worden. Zur Strafverbüßung sollen sämtliche auf Deutsche nach dem französischen Strafgesetzbuch verurteilt werden.

Ein neues Opfer.

Dortmund, 30. Juli. Am 29. Juli abends gegen 11 Uhr wurden an der Ecke der Rheinbrücke und der Rheinstraße mehrere Schiffe abgegeben. Bisher ist festgestellt worden, daß dort etwa fünf bis acht französische Kriminalbeamte sich mit der Pistole in der Hand aufgehalten haben. Bei dieser Schießerei wurde ein junger Mann durch einen Kugenschuß so schwer verletzt, daß er in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Näheres ist noch nicht festgestellt.

Nur Umbildung des Cabinets, keine Krise!

Berlin, 30. Juli. In den Abendstunden verbreitete sich heute das Gerücht, daß Reichskanzler Dr. Cuno sich entschlossen habe, den gegenwärtig noch mit dem Volksparteier Dr. Beders befehligten Posten des Reichswirtschaftsministers wieder durch den Amtsvorgänger Dr. Beders, den Sozialdemokraten Schmidt befehlen zu lassen. Genannt wird für den neuen Posten auch Hilferding. Weiter heißt es, daß außer der Neubefetzung des Reichsfinanzministeriums in Frage käme, das gegenwärtig der Volkspartei anhängige Stellen nimmt man zu diesen Angaben keine klare Stellung ein, woraus immerhin auf ihre Wahrscheinlichkeit geschlossen werden kann.

Reichstagszusammentritt am 8. August.

Berlin, 31. Juli. Wie offiziell bekannt gegeben wird, findet die nächste Reichstags-Sitzung am 8. August nachmittags 2 Uhr statt.

Wichtige Ereignisse.

Die in London überreichte französische und belgische Note haben keinen übereinstimmenden Wortlaut.

Die schwebende Reichsschuld ist auf 40 Billionen Mark angewachsen. Die Reichseinnahmen decken kaum 5 Prozent der Ausgaben.

Die über sieben Deutsche wegen „Espionage“ vom Kriegsgericht Mainz verhängte Todesstrafe wurde „gnadenweise“ in lebenslängliche Deportation umgewandelt.

Der Einzelhandel verlangt Aufhebung der Preisstabilisierungsverordnung. Einrichtung von Goldkonten und Restl. wenn nicht die Wertbeständigkeit der Verkaufspreise gewährleistet erscheint. Personalentlassungen bzw. vergrößerte Verkaufswelten in Aussicht.

Das Krisengerücht.

Seit einigen Tagen erhält sich mit Hartnäckigkeit das Gerücht, das Cabinet Cuno habe vor dem Rücktritt, oder vielmehr, es solle zum Rücktritt gezwungen werden. Falls dieses Gerücht ist der unbestreitbare Mißerfolg, den die Reichsregierung bei ihren wirtschaftlichen Maßnahmen zu verzeichnen hat. Es soll hier nicht untersucht werden, inwieweit dieser Mißerfolg durch Unterlassungen, Versäumnissen oder Fehler der Reichsregierung verursacht wurde oder vielmehr davon auf das Konto einer Resistenz der durch die einzelnen wirtschaftspolitischen Bestimmungen betroffenen Kreise zu legen ist.

Angeführt wurden die Krisengerüchte durch Angriffsartikel des „Vorwärts“ und der „Germania“ auf die Regierung Cuno. Das „Vorwärts“ he anzeigt, es nicht besonders bemerkenswert. Trotz aller gemeinsamen erfassten Schritte, welche die Sozialdemokratie mit den übrigen Parteien während der Amtsperiode des letzten Reichsabinetts auch unternahm, die als Stärkung Cunos aufzusehen sind, darf nicht veressen werden, daß die V. S. D. ihre grundrindlich oppositionelle Stellung gegen die Regierung Cuno nur verleierte hat durch die Formel: „Politik der freien Hand“.

Aber auch die von der „Germania“, dem Zentralorgan der Zentrumspartei, als Regierungspartei (und zwar der stärksten) gegen die Regierung erhobenen Vorwürfe sind nicht so traurig zu nehmen, wie dies tatsächlich geschieht! An einzelnen Maßnahmen der Reichsregierung war es früher schon von den Organen der Koalitionsparteien oft herbe Kritik geübt; es wurde auch früher bereits von denselben Organen der Regierung Tadel oder Unbilligkeit vorausgeworfen, ohne daß dadurch die Krisengerüchte so stark geworden wären wie heute. Man muß also diesmal in Rechnung stellen, daß politische Schaumischlägerei mit bestimmter Absicht weit zeitlich zusammenstreffende Angriffe — die nicht auf eine Verabredung zurückzuführen sein dürften — benutzt, um das Krisengerücht im Schwünge zu erhalten. Die Absicht liegt in der Richtung, die Koalition zu verbreitern, ein Weiteres, welches nie gänzlich eingeschlimmert war und stets sich geltend machte, wenn wichtige politische Fragen am Horizont aufstanden. Der recht: Flügel der V. S. D. hat es nämlich von Anfang an für einen Fehler gehalten, daß die Partei bei Bildung des Cabinets Cuno nicht selbst ausgeschaltet und die Regierungsparteien haben ebenfalls von Anfang an erkannt, daß eine erziehbare Arbeit ohne Mitwirkung und Verantwortung der V. S. D. auf die Dauer nicht möglich ist. So die politische Situation bewertet, es tendenziös, von einem Rücktritt oder bevorstehenden Sturz der Regierung Cuno zu sprechen. Es ist vielmehr damit zu rechnen (und die heute vorliegende Meinung über die Ausschaffung von Hermann